

Verantwortl. Redakteur: Dr. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich

Anzeigen: die Zeilzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Melamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler, G. L. Danne, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. J. L. Bark & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 6. Januar. Am 31. März 1890 laufen die Verträge ab, welche die Verwaltung der Zölle und gemeinschaftlichen Steuern im Gebiete des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins zum Gegenstande haben. Dem Vernehmen nach ist jedoch bereits wegen Fortdauer des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins am 20. November 1889 in Berlin ein neuer Vertrag abgeschlossen worden und dürfte derselbe, da ja auch Preußen zu den vertragschließenden Staaten gehört, zugleich mit dem Entwurfe zum preussischen Staatshaushaltsetat für 1890-91 dem Landtage vorgelegt werden. Es ist selbstverständlich, daß den veränderten Verhältnissen entsprechend die Verwaltung der Zölle und gemeinschaftlichen Steuern im Gebiete des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins, die so lange auf Grund des Vertrages vom 10. Mai 1833 geregelt war, einer Änderung unterzogen worden ist. Bisher hat jeder der beteiligten Staaten für die Erhebung und Verwaltung der gemeinschaftlichen Abgaben in seinem Gebiete Sorge zu tragen und die erforderlichen Lokalbeamten, als Einnahmer, Assistenten, Stenographen, sowie die den Aufsehern zunächst vorgelegten Obersteuereinkontrollanten anzustellen und zu besolden. Als gemeinschaftlicher Beamter ist nur ein Generalinspektor mit dem Wohnsitz in Erfurt bestellt worden. Die Tätigkeit des Generalinspektors erstreckte sich anfangs nur auf die Verwaltung der damals nicht bedeutenden Einnahmen an Zöllen, Ausschlägen und Brantweinsteuern. Mit der Erhebung der norddeutschen Bundessteuer, Tabaksteuer, Salzsteuer und Branntweinsteuer für Thüringen gemeinschaftlich. Später trat noch die Kontrolle des Spielartenbrennens und der statistischen Gebühren hinzu. Eine ganz besondere Geschäftsbereich aber erwuchs der Generalinspektion in den Jahren 1887 und 1888 durch die Einführung der Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zucker. Diesen neuen Verhältnissen gegenüber genügte die bisherige Organisation nicht; der Generalinspektor ist auf die Dauer nicht im Stande, neben seinen Aufgaben als Direktionsbehörde die ihm vertragsmäßig obliegenden Funktionen eines Hauptsteuereinkontrollanten für das Gebiet des Thüringischen Vereins ordnungsmäßig wahrzunehmen. Die schon 1887 vermehrte Zahl der Obersteuereinkontrollanten ist nicht als ausreichend. Nimmere soll es im Jahre 1889, zur Verbesserung der Steuerverwaltung die in Erfurt, Altenburg und Gera bereits bestehenden Hauptsteuereinkontrollanten vollstän dige Befugnisse erhalten, und im Großherzogthum Sachsen, in den Herzogthümern Sachsen-Weimars und Sachsen-Koburg-Gotha, sowie in den Fürstenthümern Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß a. d. Bezirke steuereinkontrollanten errichtet werden, welche nach näherer Anweisung der Direktionsbehörde hauptamtliche Geschäfte wahrzunehmen und hauptamtliche Befugnisse auszuüben haben. Bezüglich der Kosten der neuen Einrichtungen soll vereinbart sein, daß außer dem Aufwande für die Direktionsbehörde künftig auch der Aufwand für die Obersteuereinkontrollanten auf gemeinschaftliche Rechnung bestritten und zur Deckung der gemeinschaftlichen Ausgaben ein Teil der den Vereinstaxen vom Reiche gewährten Verwaltungskostenvergütungen verwendet werden soll.

Die erkrankte Kaiserin Augusta hat noch am Donnerstag an das Zentral-Komitee der unter ihrem Protektorat stehenden deutschen Vereine vom Rothen Kreuz nachstehendes Dankschreiben gerichtet:

„Die aus Anlaß des Jahreswechsels Mir seitens des Zentral-Komitees der deutschen Vereine vom Rothen Kreuz gewinnenden Wünsche habe ich mit warmem Danke entgegen genommen und erwiedere sie mit der Versicherung Meiner unveränderten Theilnahme für die Ziele und Zwecke der Vereinstätigkeit. Das mit dem Abschluß des vergangenen Jahres in den preussischen Provinzen neu belebte Vereinsnetz möge diese Tätigkeit fördern und dieselbe in ununterbrochener Folge zu erhalten bestrebt sein.“

Berlin, den 2. Januar 1890.

Der Kaiser hatte in Folge der Nachrichten über das Finden der Kaiserin Mutter seinen Zug nach Trautenberg abgelehrt, ist, statt gestern Vormittag, bereits in der Nacht zum Sonntag um 1 1/2 Uhr zurückgekehrt, und hat sich sofort vom Bahnhofe aus direkt ins das Palais der Kaiserin Augusta begeben, um dort Erleichterungen einzusetzen. Es konnte ihm eine beruhigende Auskunft gegeben werden, und wie wir bereits berichtet, war auch in den Morgenstunden das Finden der Patientin ein befriedigendes, obwohl in der Nacht zeitweise bis 40 Grad Fieber konstatirt wurde. Es liegt in der Natur des Leidens, daß fieberhafte Momente mit erregten wechseln. Der in Baden-Baden wohnende, telegraphisch herbeigerufene Verbandsarzt der Kaiserin Augusta, Dr. Schlegel, welcher am Sonntag eintraf, konnte, wie der erste Leibarzt Dr. Veltz, gestern Vormittag eine fortschreitende Besserung konstatiren. Gegen 10 1/2 Uhr erschien der Kaiser mit der Kaiserin wiederum im Palais unter den Linden. Nachdem das Kaiserpaar über eine Viertelstunde am Krankenbett gewilt, wachte es dem Gottesdienste in der Kapelle, welche sich dicht neben dem Schlafzimmer der Kaiserin Augusta befindet, bei. Die Predigt hielt Herr Hofprediger Kögel und, wie es heißt, hat sich der Geistliche nach beendeter Gottesdienst in die Gemächer der Patientin begeben und ist dort längere Zeit geblieben. Die Besserung hielt bis gegen Mittag an, nach 1 Uhr machten sich neue Fiebererscheinungen bemerkbar, welche jedoch später wieder wichen. Das Finden war bis zum Abend gut, trotzdem blieben beide Ärzte im Palais die Nacht hindurch; wie wir hören, hatte die Kranke wenig Schlaf, der Pulsschlag war milder erregt, als in der Nacht zum Sonntag, die Fiebererscheinungen hielten jedoch bis zum Morgen an. Die Schwäche der Patientin ist hiernach wohl selbstverständlich.

Am 86. Lebensjahre ist am Sonnabend der einflussreiche Finanzminister im Ministerium Hohenzollern-Auerswald, Herr Erasmus Robert von Frowin, gestorben. Bereits seit einigen Jahren hatte er sich, nachdem er 1881 von dem zuletzt von ihm bekleideten Oberpräsidium der Provinz Sachsen zurückgetreten war, dem öffentlichen Leben fern gehalten, in welchem er als Beamter, als Mitglied des Abgeordneten-

geordnetenhauses, als Minister eine lange und ehrenvolle Tätigkeit hinter sich hatte. Frowin war ein preussischer Beamter aus der freigeistlichen Schule der Maassen, Reuth, Rüchne, in welcher die Stein-Hardenberg'schen Ideen fortlebten; im Sinne derselben hatte er bis 1848 gewirkt, ohne an der eigentlich politischen Bewegung Theil zu nehmen. Als aber die konstitutionelle Staatsform für Preußen eingeführt war, stand er alsbald auch in der ersten Reihe der gemäßigten Liberalen, welche ebenso unerschütterlich im Kampfe gegen die Demokratie wie gegen die Reaktion waren. Dieser Gesinnung ist er sein Leben lang treu geblieben.

Der Kultusminister hat in einem an sämtliche Universitätsrektoren gerichteten Erlaß darauf aufmerksam gemacht, daß es den Privatdozenten nicht gestattet ist, sich in öffentlichen Anzeigen oder auf Bildertiteln, auf Visitenkarten u. dgl., wie dies in letzter Zeit mehrfach aufgefunden ist, mit dem Titel „Dozent an der Universität“ u. s. w. zu bezeichnen. Nur der Titel „Privatdozent“ stelle mit den geltenden Bestimmungen im Einklang.

Der Verein deutscher Eisenhüttenleute hält seine nächste Hauptversammlung am 12. Januar zu Düsseldorf ab. Auf der Tagesordnung derselben befinden sich außer geschäftlichen Mittheilungen Vorträge über die Einführung von Güterwagen, größerer Tragfähigkeit und den heutigen Oberbau bei königlich preussischen Staatsbahnen, sowie über Anwendung von Kohlenstoff- und Koksiegeln im Hochofengas.

Der Verein deutscher Fabrikanten feuerfester Produkte wird seine Jahres-Versammlung am 26. Februar und zwar, wie bisher, in Berlin abhalten.

Zur Bielefelder Kandidatur Hammerstein wird der „Rhein.-Westf. Ztg.“ aus Bielefeld geschrieben: „Die Kandidatur Hammerstein ist von den hiesigen Hochkonservativen bezw. ihren Vertretern in Berlin von Anfang an mit dem Führer der Ultramontanen, Herrn Dr. Windthorst, verabredet gewesen. Beweise dafür sind in sicherer Hand.“

Aus Friedrichshagen, vom 4. Januar, wird dem „Hamb. Korr.“ gemeldet: Ihre Durchl. die Frau Fürstin Bismarck ist an der Influenza heftig erkrankt. Prof. Schweninger ist herbeigekommen. Geh. Rath Dörmann ist in Anlaß seiner Erkrankung an der Influenza nach Berlin zurückgekehrt. Geh. Rath v. Schwarzkoppen wird ihn ablösen. Fürst Bismarck befindet sich unverändert wohl. Falls die Rückkehr des Reichskanzlers in nächster Zeit zu erwarten steht, wird sie voraussichtlich Mitte Januar erfolgen.

Die Dankesbezeugungen, welche die „South Metropolitan Gas Co.“ in London an das englische Publikum richtet und in welchen sie u. A. die Mithatigkeit betont, welche das Publikum gegenüber den unermesslichen Unregelmäßigkeiten in der Gasversorgung hat wahren lassen, bewiesen ebenso sehr, wie der Eifer der Union der Gasarbeiter in der Verpfändung neuer, auf die Gewinnung von Sympathien berechneter Erklärungen, welche bedeutendes Gewicht der „öffentlichen Meinung“ in Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, innezuwurzeln. Die Union der Gasarbeiter betont auch in ihrer neuesten Rundschreiben, daß es sich in dem schwachen Streite nicht um eine Erhöhung der Löhne handle, sondern — wenn von der nebenbei ins Auge gefassten Verkürzung der Arbeitszeit beizugehen — eine größere Arbeiterzahl abzugeben wird — um die Aufrechterhaltung des Einflusses der Trade-Union. Gleichzeitig wird für den Fall, daß der Streik noch jetzt größere Dimensionen annehmen und weitere Unzulänglichkeiten im Gase haben sollte, die Verantwortlichkeit auf das Publikum und die Regierung abzuwälzen versucht; auf das Publikum wegen dessen Nachlässigkeit, auf die Regierung wegen des Schutzes, den sie der Gasgesellschaft durch die Polizei gewährt hat. Mit keinem Worte aber wird — und mit gutem Grunde — die prinzipielle Stellung berührt, welche die Gasgesellschaft in ihren Verpfändungen sowohl, als auch in einer erst vor einigen Tagen wieder stattgefundenen Besprechung mit den Delegirten der Union innegehalten hat. Diese Stellung läßt sich kurz dahin charakterisiren, daß es sich, wie der Fall jetzt liegt, absolut nicht um einen Arbeiterstreik handelt, in dem gewöhnlichen Sinne handelt, in welchem die Arbeiter eines Establishments sich weigern, unter bestimmten, hergebrachten oder abgetheilten Bedingungen zu arbeiten, sondern darum, daß eine Fabrik, deren Arbeiter gekündigt haben und nach abgelaufener Kündigungsfrist abgehut und durch andere ersetzt sind, nunmehr, weil es der betreffenden Union so gefällt, gezwungen werden soll, die neu eingestellten Erhaltungsmannschaften zu entlassen, damit an deren Stelle, zu Bedingungen, welche der Fabrik nicht genehm sind, andere — in diesem Falle die früheren — Arbeiter eintreten. Dies hervortreten zu lassen, hülft sich, wie bemerkt, die Union der Gasarbeiter; denn würde sie diesen Theilbestand zugeben, so würde damit auch die ganze Maßlosigkeit ihrer Forderung von ihr selbst anerkannt werden, und es würde für sie jede Aussicht, die verdiente Sympathie des Publikums wieder zu gewinnen, bezw. dasselbe zu einer Einwirkung auf die Gasgesellschaft zu veranlassen, verloren gehen. Wohlweislich wird daher in allen Veröffentlichungen immer nur von einem „Streik“ im gewöhnlichen Sinne gesprochen, die Charakteristika aber, welche gerade diesen Streik auszeichnen, läßt man unberührt.

Zu den Prekombinationen über die Stellung der Regierung zu dem Sozialistengesetz, aus Anlaß deren bereits hervorgehoben war, daß die verbündeten Regierungen erst durch Plenarbeschlüsse des Reichstages in die Lage kommen, weitere Beschlüsse in der Sache zu fassen, tritt neuerdings die Nachricht, daß innerhalb des preussischen Staatsministeriums und insbesondere zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern Meinungsverschiedenheiten über die Ausweisungfrage bestehen. Auch diese Nachrichten tragen den Stempel der Erfindung an der Stirn. Für Jeden, welcher einigermaßen mit der Stellung und Einrichtung des preussischen Staatsministeriums vertraut ist, kann ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß kein Mitglied des Staatsministeriums eine von der Gesamtanfassung der preussischen Staatsregierung abweichende Ansicht zur Geltung zu bringen versuchen kann oder wird, nachdem ein Votum preussischer Bundesräthe abgegeben worden ist. In dem vorliegenden Falle hat die preussische Staatsregierung zu der in Rede stehenden Frage be-

stimmte Stellung genommen und derselben in ihrem Votum beim Bundesrathe Ausdruck gegeben. Diese Auffassung bleibt für jedes Mitglied des Staatsministeriums selbstredend so lange bindend, als letzteres selbst nicht zu einem abweichenden Beschlusse gelangt. Von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Staatsministeriums kann in Fragen, welche durch Beschlüsse desselben abgeschlossen, daher nicht die Rede sein.

Jene Prekombinationen werden nur um so unglücklicher, als sie zugleich hinzufügen, daß der preussische Minister des Innern in der Ausweisungfrage einen von dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf abweichenden Standpunkt vertritt. Man wird sich erinnern, daß gerade aus dem Ressort des Ministeriums des Innern ein die jetzige Vorlage an Schärfe weit übertreffender Gesetzentwurf hervorgegangen ist, welcher aber im Bundesrathe nicht durchdrang und dort liegen geblieben ist. Nunmehr nach allen Richtungen erweisen sich jene Nachrichten als freie, von Sachkenntnis nicht beehrte Erfindungen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Januar. Fürst Karlos Auerperg ist gestorben; eine Lungenerkrankung hat den schon an den Folgen einer Steinoperation schwer erkrankten, sonst noch rüstigen 73jährigen Greis hinweggerafft. In ihm verliert die deutschösterreichische Verfassungspartei einen ihrer tapfersten und treuesten Vorkämpfer, der deutsche Adel Böhmens seinen eifrigsten Vertreter. Wissenschaftlich und literarisch hochgebildet, lebte er lange Jahre als Privatmann auf seinen Gütern und betheiligte sich erst seit Anfang der 60er Jahre an politischen Leben. Sowohl im Wiener Herrenhause wie in der Prager Landtagskammer that er sich als unerschütterlicher und fähigster Vorkämpfer der Verfassung und Staats Einheit hervor und trat den Umarmungen seiner feindlichen Standesgenossen wie der Gezeiten mit Festigkeit entgegen. Im Jahre 1868 Präsident des sogenannten Bürgerministeriums Herbst-Gisela geworden, geriet er in Konflikte mit Cisleith, weil dieser hinter seinem (Auerpergs) Rücken mit den Gezeiten unterhandelte. Er zog sich im September 1870 grollend auf seine Güter zurück, verlangte und erhielt seine Entlassung. Noch in demselben Jahre fanden wir ihn im österreichischen Reichsrath in den Reihen der Opposition gegen das Kabinett Potocki. Im Jahre 1871 sein jüngerer Bruder, der ihm im Tode vor 4 Jahren vorausgegangene Adolfs Auerperg, die Regierung übernommen hatte, ward Karlos Auerperg Präsident des Herrenhauses, was er bis 1879 blieb. Seither hatte er sich am politischen Leben nur wenig mehr betheiligt.

Frankreich.

Paris, 3. Januar. Trotz der Mahnung des Kriegsministers an die Presse, über militärische Vorgänge zu schweigen, weiß das Blatt „Le Rappel“ über die Schicksale der mit dem Lebel-Gewehr, die kürzlich auf dem Schießplatz von Marville vorgenommen wurden, bis ins einzelne zu berichten. Die Ergebnisse waren nicht nur „befriedigend“, sondern sogar „überausend“ und „erkannlich“. Das Feuer wurde auf 200 Meter eröffnet; Fehler kamen „kaum“ vor; die Streuung betrug auf 800 Meter 14 Zentimeter. Das Geschöß verlor beim Einschlag eine nur kleine Deffnung, erzeugte aber in Folge seiner Kreisbewegung dann eine sich erweiternde Höhle und beim Ausstritten einen weiten Riß. Das beim Abschießen verursachte Geräusch übertrifft dasjenige einer gewöhnlichen Feuerbüchse nicht. Die Rauchentwicklung ist nur ganz gering. Eine Geschößentafel von 12 Zentimetern Dicke war wie eine gewöhnliche Feuerbüchse in kurzem Umriß durchgelassen; bei größerer Dicke war das Metall zerfallen. Heu- und Strohbündel, Mehl- und Sägemehlsäcke, die Kautschuk- und Lederplatten und fast alle anderen Gegenstände, die als Ziel dienten, wurden durchbohrt. Eine tannene Bohle von einem Meter Dicke war gänzlich durchgelassen, ein ebenso dicker Eichenloz war auf 65 Zentimeter durchbohrt, ein Grundsaß von 35 Zentimeter war durchbohrt, ohne daß die Kugel auch nur im geringsten verbohrt war. Man behauptet, daß das Aufschlagen auf Gegenstände, welche starken Widerstand leisten, so stark ist, daß das Füllblei beim Durchschlagen sich verflüchtigt und nur die dünne Hülle aus der Deffnung tritt. Die Versuche mit einem toten Pferde lieferten „ganz erkennliche“ Ergebnisse.

Paris, 3. Januar. Gestern starb ein wohlbekannter Persönlichkeit, deren Tätigkeit auf gewisse Pariser Bühnenverhältnisse ein eigenartiges Licht wirft. Der Verstorbene, Journier, war Chef der Clique. Er hinterläßt mehr als eine Million Franken an Vermögen. Das erklärt sich dadurch, daß dieser Geschäftsmann zur Zeit sehr zentralisiert ist; so hatte z. B. der Verstorbenen die „Direktion“ der Clique an sieben Pariser Theatern inne. Zugleich war Journier Bühnenhändler. Als solcher bezog er in den Theatern, wo er auch Claqueführer war, direkt von der Theaterleitung Willkür für eine bestimmte Summe im Jahr, etwa 20,000 Franken im Mittel. Natürlich wurden ihm diese Willkür mit entsprechendem Rabatt verkauft, und zwar meist um 50 Prozent des Preises. Erwies sich dann das von dem betreffenden Theater aufgeführte Stück als Zugstück, so stieg Journier bedeutenden Gewinn ein. Von diesem ging aber wiederum ein gewisser Theil auf die Benutzung eines Ortes, wo seine Angestellten als Willkürführer ihr Wesen trieben konnten. Dieser Verkauf findet nämlich immer in einer dem Theater zunächst gelegenen Kneipe statt und Journier soll unter anderem für den Tisch einer Kneipe an der Oper 1800 Franken jährlich Miete gezahlt haben.

Paris, 3. Januar. Wie wir dem „XIX. Siecle“ entnehmen, soll am 27. Januar auf der Höhe von Belleville ein großes boulangierisches Wundermahl zur Erinnerung an den legistischen Wahlsieg stattfinden. Der Vorkühende wird einen Aufruf an das französische Volk verlesen, welchen Boulanger gleichzeitig mit einer Proklamation anläßlich der Ergänzungswahlen an die Wähler zu richten gedenkt. Ist dies vollbracht, so wird die Vorbereitung der Gemeinderathen beginnen. Schon sind die Komitees gebildet und es haben Beratungen über die Organisation des Festzuges und die Wahl der Kandidaten stattgefunden. Die Namen derselben sollen zuerst dem National-Komitee und in oberster Instanz dem General Boulanger unterbreitet werden. Das achtzehnte

Arrondissement (Montmartre-Chignancourt), dessen Vertreter in der Kammer Joffrin als Gegner Boulangers ist, hat einen Vorsprung gewonnen, in dem Sinne wenigstens, daß schon 30 Kandidaten für die Gemeinderathen genannt und nach ihrem Werthe abgezogen wurden. Vorkühndig scheint man sich für die Boulangeristen de Sufini, Dr. Faur, Dr. Marcel Habert, Lucien Rabuel und Dr. Ruel entschlossen zu haben; aber bis im Mai können noch verschiedene Änderungen eintreten. Es heißt, Boulanger denke in Chignancourt seine Kandidatur aufzustellen. Ueberdies sind alle ehemaligen Abgeordneten, welche dem National-Komitee angehören, Kandidaten von Rechts wegen.

Der Ministerpräsident und Handelsminister Tirard hat an alle Handelskammern ein Rundschreiben erlassen, in welchem diese ersucht werden, ihre Gutachten über die Verleihung des Wahlscheits an Frauen bei der Ernennung der Mitglieder der Handelsgerichte bekannt zu geben. Diese Reform ist von der Kammer bereits genehmigt und wird gegenwärtig vom Senat geprüft, welcher die Enquete verlangt hatte.

Die durch das Gesetz vom 8. August 1885 angeordnete Schätzung der verbaute Grundstücke ist eben beendigt worden und es erübrigt nur noch die verschiedenen Angaben zusammenzustellen. Das Schätzergebnis der neuen Schätzung und Schätzung lautet dahin, daß es gegenwärtig in Frankreich und Korsika 10,400,000 Gebäude, die 9,050,000 Bewohnungen ausmachen, giebt, abgesehen von den Gebäuden, welche für landwirtschaftliche Zwecke dienen.

Paris, 4. Januar. Das Befinden des russischen Volschasters v. Mohrenheim hat sich gebessert. Minister Spuller stattete dem Volschaster gestern einen einstündigen Besuch ab.

Hiesigen Blättern zufolge empfing Präsident Carnot zum Jahreswechsel Glückwünsche des Schahs von Persien und des Sultans und beantwortete die Wünsche an demselben Tage.

In der Kirche Saint-Augustin fand heute Morgen ein Gedächtnis-Gottesdienst für die Kaiserin von Brasilien statt. Die gesammte brasilianische Gesandtschaft und viele Mitglieder der brasilianischen Kolonie waren anwesend.

Belgien.

Man schreibt aus Brüssel: Man ist hier nicht wenig erstaunt über die Arbeitsniederlegung der Verarbeiter von Marbache, denn dieselben haben einen Lohn von mehr als 5 Franken und eine Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden, während die Vergleiche von Charleroi nur einen Lohn von 4 1/2 Franken (im Minimum) bei neunstündiger Arbeitszeit beanspruchen.

Die Arbeitgeber sind zum größten Theil bereit, den Lohn zu erhöhen, aber sie verweigern sich gegen die Behauptung, daß der Kohlenhandel Geld wie Sand einträgt. Die Börsenkurse, sagen sie, beweisen gar nichts, die Börse häuflert selbst Aktien von Kohlenwerken, die gar nicht existiren. Alle Kohlen, die gegenwärtig gefordert werden, sind schon im Voraus zu den gewöhnlichen Marktpreisen verkauft. Die, sei es mit den Hütten- und Eisenwerken, sei es mit dem Staat, den Zuckerfabriken oder den Kohlenhändlern abgeschlossenen Verträge laufen ununterbrochen weiter. Die Arbeitgeber in den Kohlenwerken von Charleroi versichern, daß gegenwärtig der Verdienst pro Tonne im Durchschnitt nicht über 2 Franken beträgt. Was nun die Höhe der Löhne betrifft, so kann man die seit Oktober 1888 eingetretene Erhöhung im Allgemeinen auf 25 Prozent aufschlagen, in einigen Establishments beträgt dieselbe 30 Prozent. Im Beden von Charleroi sind die Löhne im Durchschnitt folgende: Ein Haue erhält 4 Franken 50 Cts.; die Schachtarbeiter haben von 4 Franken 60 Cts. bis 4 Franken 80 Cts. — Im März 1888 verdienten die besten Arbeiter 3 Franken 60 Cts., jetzt erhalten diese 5 Franken 10 Cts. Die letzte allgemeine Löhnerhöhung der in den Kohlenwerken beschäftigten Leute datirt vom 15. Dezember 1889. Sie ist von den Kohlenwerken freiwillig gestanden worden; die Arbeiter verhielten sich ruhig und erhoben keinen Einspruch. Alle Grubenverwalter erklären, daß sie zu neuen Löhnerhöhungen nach Ablauf der jetzigen Verträge bereit seien. Sie sind aber sehr erregt über einzelne Leute, welchen sie die ganze Verantwortlichkeit für den Arbeitsausstand zuweisen. Es sind dies keine Arbeiter, sondern die Verwalter von Arbeitergesellschaften, Posten, die ihnen etwa ein Einkommen von 1200 Franken sichern. Sie verbinden mit diesen Posten noch kleine Restorationslokalen für die Arbeiter, die ihnen bei Ausständen ebenfalls gute Einnahmen liefern. Die Frauen und Kinder versehen diese letzteren, indem sie den Mann von Ort zu Ort und hegt dort die Arbeiter auf. Die Arbeiter haben fast überall die Arbeit ohne ein Wort zu sagen, ohne irgend einen Verbindungsversuch mit ihren Vorgesetzten zu unternehmen, niedergelegt. Es ist dies ein ganz ungeheurer Kontrast. Auch war es in den meisten Fällen unmöglich, bestimmte und vernünftige Klagen von ihnen zu hören; sie beschränken sich auf allgemeine Redensarten und beklagen sich ohne Unterlaß über den unermesslich großen Verdienst der Arbeitgeber. Es ist der Fehler der sozialistischen Theorien von der völligen Gleichheit der Menschen. Es versteht sich von selbst, daß, wenn man dieses System praktisch anwenden wollte, ein großer Theil derjenigen, die heute dafür sind, morgen dagegen sein würden. Gegenwärtig zählt der Arbeitstag 11 Stunden, d. h. die Leute sind 11 Stunden hindurch in den Kohlengruben beschäftigt. Ist es möglich, diese Arbeitszeit einzuschränken? Die Ansichten darüber sind getheilt. Man stellt in verschiedenen Gruben Experimente an.

In Monceau hat man die Arbeitszeit auf 9 Stunden herabgesetzt, da die Arbeiter versprochen haben, das entsprechende Pensum in dieser Zeit zu leisten. Dennoch hat diese Verminderung der Arbeitszeit die Arbeitsniederlegung in den Gruben von Monceau nicht zu hindern vermocht.

Asien.

Japan. Der Mikado hat auf Staatskosten eine Telephon-Verbindung zwischen Yokohama und Etchikawa anlegen lassen. Die Entfernung beträgt etwa 100 Meilen. Die Telephonleitung ist die erste der Öffentlichkeit in Japan übergeben.

Amerika.

Aus Pittsburg meldet man vom 2. Januar: In der Jahresnacht wurde der Versuch gemacht, das Opernhaus in Wilkesville mittels Dynamits in die Luft zu sprengen. Etwa 400 Personen hielten zu der Zeit einen Ball in dem Gebäude ab. Einige Minuten nach Mitternacht war die erste Explosion, welcher eine halbe Stunde später eine weit stärkere folgte. Die Fenster wurden zertrümmert und Alles floh auf die Straße hinaus. Verletzt wurde Niemand, obgleich die Glasplitter im Saale herumflogen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. Januar. Die Führer der hiesigen Deutschfreisinnigen konnten den diesjährigen Wahlkampf nicht besser beginnen, als den obersten Führer ihrer Partei, Herrn Eugen Richter, zu einem Vortrag über die politische Lage zu gewinnen. Es war auch nicht zu verwundern, daß der große Saal der Grünhof-Brauerei (Wock) schon lange vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz gefüllt war, und Viele umstehen mußten, welche keinen Einlaß mehr fanden. Es war ferner nicht zu verwundern, daß Herr Richter bei seinem Erscheinen mit lebhaften Zurufen begrüßt wurde, obwohl auch die übrigen Parteien, besonders die Sozialdemokraten, einen ganz erheblichen Theil der Zuhörer gestellt hatten. Herr Dr. Dohn, welcher an Stelle des erkrankten Vorsitzenden des deutschfreisinnigen Wahlvereins die Versammlung leitete, glaubte dieselbe nicht besser eröffnen zu können, als ohne jede Vorrede in die Tagesordnung einzutreten und Herrn Richter das Wort zu erteilen.

Herr Eugen Richter erinnerte zunächst daran, daß er seit 10 Jahren in Stettin nicht als Redner aufgetreten sei, und beklagte sich, daß die Entwicklung der politischen Lage seit dieser Zeit, und glaubte konstatiren zu müssen, daß sich in derselben eine Unfruchtbarkeit der Geschehnisse bemerkbar gemacht habe. Er bemängelte die Gefaltung des Volksschulsystems und beklagte die Zustände im Kirchenthum, indem er auf die Nichtbefähigung des liberalen Pfarrers Gräbner aus Kolberg als Pfarrer einer Berliner Kirche hinwies. Weiter montierte er, daß die gesetzliche Gleichberechtigung aller Staatsbürger nicht eingehalten werde, besonders zeige sich dies den jüdischen Bürgern gegenüber, denen verschiedene Staatsämter verschlossen seien und auch der Eintritt in das Offizierskorps nicht gestattet werde. Weiter beklagte Redner, daß das Gesetz zur Reform des direkten Steuerwesens, welches so oft verheißten sei, bis jetzt nicht zur Vorlage gelangt sei und meint, daß dasselbe auch in der nächsten Landtagsperiode nicht zur Vorlage gelangen werde.

Weiter kam Redner seinen Vorbehalt in der Verstaatlichung der Eisenbahnen erblicken und verwirklichte es das jetzige System der Kohlenpreise. Der deutschfreisinnigen Partei falle es nicht ein, die durch schwere Opfer in Krieg und Frieden ererbte Macht Deutschlands bloßzustellen, im Gegentheil, sie bewilligte Alles, was zur Erhaltung des Friedens nötig sei, aber wenn dies geschehe, so habe sie auch ein Recht, die Schöpfung der bürgerlichen Verhältnisse zu verlangen, so weit dies ohne Gefährdung des Friedens möglich sei. Redner bemängelte es, daß bereits zum dritten Male ein neues Verfassungssystem mit Kosten von Millionen eingeführt sei, er plaidirte für Verklärung der Dienstzeit des Einzelnen und spricht sich gegen Verneuerung der Kabinettschulen und Offizierskassen aus.

Was die Kolonialpolitik betrifft, so seien die Deutschfreisinnigen Gegner derselben, weil sie nicht wollten, daß die Kräfte verzerzt würden. Es sei die Aufgabe Deutschlands, Weltfrieden und Kultur zu schäufen und hierzu gäbe es in Deutschland Gelegenheit genug, man brauche nicht nach Afrika zu gehen. Deutschland habe auch ohne die Kolonialpolitik eine große überseeische Tätigkeit entwickelt. — Was die Wirtschaftspolitik betreffe, so sei Deutschland durch seine Lage im Herzen Europas darauf angewiesen, die Zufuhr der Lebensmittel aus dem Ausland und die Ausfuhr von Industriearbeiten herbeizuführen, durch die heutige Wirtschaftspolitik des Herrn Reichskanzlers werde jedoch das Gegenteil erreicht.

Redner ergriff sich sodann in heftigen Angriffen gegen den „Kartell-Reichstag vom Jahre 1887“, welcher wesentlich dazu beigetragen habe, den Konium zu belasten, in erster Reihe durch die Brauntweinsteuer und die Agrar-Entschädigung, sodann durch das Zuckersteuergesetz mit der Ausfuhrprämie, und sei es kaum noch zweifelhaft, daß in diesem Jahre die Ausfuhrprämie mehr betragen werde, als die Rübensteuer einbringe. Dadurch werde nur erreicht, daß die Engländer den Zucker billiger erhalten, als er in Deutschland zu haben sei.

Wenn er und seine Freunde zu bestimmen hätten, so müßte die Ausfuhrprämie und die Rübensteuer abgeschafft werden und würde dann der Doppelzucker in Deutschland um 8 Mark billiger werden, ebenso müßte die „Rebelsgabe“ für die Brenner in Höhe von 40 Millionen Mark abgeschafft und dazu verwendet werden, die Bier-, Brauntwein- oder irgend eine andere Konsumsteuer zu ermäßigen, denn irgend etwas müßte der Mensch haben, um sich zu erquicken.

Das Schlimmste, was der „Kartell-Reichstag“ verbrochen habe, sei die Erhöhung der Schreidezölle gewesen, und auch die Nationalliberalen in ihrer Gesamtheit seien dafür verantwortlich zu machen, wenn auch einige dagegen gestimmt hätten. Redner hält die ganze heutige Wirtschaftspolitik für eine Vertheuerungspolitik.

Im weiteren Verlauf seiner Rede beleuchtet Herr Richter noch die Sozialistenfrage und das Sozialistengesetz und wendet sich sodann gegen das Vorgehen der Nationalliberalen, welches in keiner Weise mehr liberal zu nennen sei. Wer heute noch Liberalismus in sich fülle, müßte sich der deutschfreisinnigen Partei anschließen. Es mache sich auch von unten heraus bereits eine mächtige Strömung für den Deutschfreisinn bemerkbar; freilich in Stettin habe derselbe einen schweren Stand, denn hier seien „Feinde ringsum“, auf der einen Seite die Kartellparteien, auf der anderen Seite eine starke Sozialdemokratie. Aber im Vertrauen auf die gute Sache der Partei und im Vertrauen auf den Kandidaten derselben, Herrn Max Brömel, hoffe er, daß auch bei der bevorstehenden Wahl sich Stettin wieder als Hochburg des Freisinn und des Freihandels bewähren wird.

Die Rede fand lebhaften Beifall; nach der-

do. 5 Uniat	6%	216,35 B
Marfman 8 Tage	6%	220,25 B
Gold- und Papiergeld.		
Ducaten per Stück	9,76 B	2,31 B
Gouvernements		Brau. Banknoten
20 Francs per Stück	16,21 B	Leiner. Banknoten
Dollars	4,1775 B	Woll. Noten
		220,70 B

Dienstag: Schauspiel-Vorst. Zum 2. Male:
Der Schatten.
Mittwoch:
Capitän Fracassa.